

kommentar

Es wird Zeit: Aktionsplan Ost

✍ Susanne Hennig-Wellsow

Es war so typisch und so erwartbar. Die Bundesregierung schlug als Antwort auf Luftverschmutzung vor, in einigen Städten als Test Busse und Bahnen gratis fahren zu lassen. Ich begrüße das, vor allem wenn der Bund das zahlt. Doch an welche Städte haben *Barbara Hendricks* (SPD), *Christian Schmidt* (CSU) und *Peter Altmaier* (CDU) gedacht? An fünf Städte im Westen. Das ist einseitig.

Richtig ist, dass westdeutsche Städte Schwerpunkte der Luftbelastung sind. Aber auch Halle/Saale leidet zum Beispiel laut aktuellen Daten des Umweltbundesamts deutlich unter Stickstoffdioxid. Und die Grenzwerte für Feinstaub werden auch in vielen Regionen Ostdeutschlands überschritten. Das Vergessen des Ostens hat System. Über die Gründe will ich nicht spekulieren, aber es ist so: Niedrigere Löhne, schlechtere Renten, weniger Industrie und Forschung. Damit muss Schluß sein! DIE LINKE ist die einzige Partei, die laut für die Interessen der Menschen in Ostdeutschland eintritt. DIE LINKE in den fünf ostdeutschen Ländern hat in diesen Tagen ihren »Aktionsplan Ost« vorgestellt mit Maßnahmen für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West.

»Zukunftsprojekt Ostdeutschland«

Soziale Gerechtigkeit und bessere Chancen: »Aktionsplan Ost«

Das Interesse war groß. Bundesweit berichteten Medien über den »Aktionsplan Ost«. Auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei wurde das Papier am 17. Februar in Erfurt vorgestellt. Das Ziel: Ein Zukunftsprojekt für ein modernes Ostdeutschland, konkrete Vorhaben für soziale Gerechtigkeit und bessere Lebensverhältnisse.

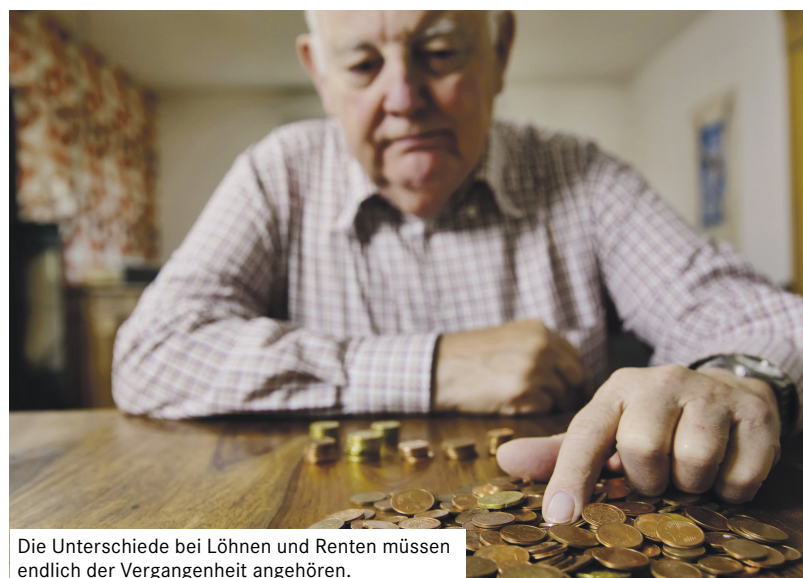
Auf der Konferenz sagte *Dr. Dietmar Bartsch*, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag: »Deutschland ist weiterhin sozial, ökonomisch und kulturell zwischen Ost und West gespalten. Die Fakten in den Bereichen Einkommen, Altersarmut oder Kinderarmut belegen das. Deshalb bleibt die Aufgabe der Überwindung der innerdeutschen Spaltung bei der LINKEN Chefsache.« Die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion, *Susanne Hennig-Wellsow*, ergänzte: »Die ostdeutschen Landtagsfraktionen haben einen umfangreichen Aktionsplan erarbeitet – ein schlüssiger Vorschlag, um die Benachteiligung der Menschen in den neuen Bundesländern zu beenden. Insbesondere in den Ländern mit linker

Regierungsbeteiligung werden wir Möglichkeiten für ein »Zukunftsprojekt Ostdeutschland« aufzeigen.«

Sozialstaats-Garantie

Auf die ostdeutschen Probleme hat die Große Koalition im Bund keine Antwort. Stattdessen müssen wir konkrete und glaubwürdige Angebote für sozia-

le Gerechtigkeit machen. Wir brauchen einen neuen Sozialstaat und eine Renaissance der öffentlichen Daseinsvorsorge. Thüringens Ministerpräsident *Bodo Ramelow* (DIE LINKE) unterstützt den Aktionsplan. Er plädiert »für eine Sozialstaatsgarantie, weil ich mir eine Gesellschaft wünsche, in der keiner zurückgelassen wird.« ■



Die Unterschiede bei Löhnen und Renten müssen endlich der Vergangenheit angehören.

foto: © Bilderstockchen / Fotolia.de

Auszug: »Der LINKE Aktionsplan Ost«

Hier muss es gelingen, ein Gemeinwesen zu gestalten, das trotz oder wegen eines insgesamt geringeren Wohlfahrtsniveaus als im Westen gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Sicherheit organisieren kann – und zwar im Rahmen einer Offenheit für die Kontingenz einer modernen Gesellschaft. (...) Ein neuer Ansatz sollte die Ostdeutschen nicht ausschließlich in der Rolle der Benachteiligten sehen, sondern ihnen eine aktive Rolle als Gestaltende eines neuen, solidarischen Gemeinwesens unter den Bedingungen von Strukturschwäche, Globalisierungsdruck und auf der Grundlage ihrer spezifischen Transformationserfahrungen zugestehen

und abverlangen – die »Ostdeutschen als Avantgarde«. (...) Drängende Forderungen der ostdeutschen Länder an die sich neu formierende Bundespolitik (...) müssen daher die entschlossene Unterstützung der LINKEN insgesamt finden:

- Die Angleichung der Lebensverhältnisse muss weiter ein erklärtes Ziel mit zu unterstützenden politischen Maßnahmen sein.
- Das gilt nicht zuletzt für die Rentenangleichung und Schließen der Rentenlücken und die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten.
- Dazu gehören auch zusätzliche Behördenstandorte in Ostdeutschland.

- Eine höhere Zahl von Ansiedelungen von Wissenschaft als Keimzelle künftigen wirtschaftlichen Erfolgs.
- Die Förderung der ostdeutschen Hochschulen.
- Die Entlastung bzw. Unterstützung der Länder bei den Baukosten für Bundesfernstraßen, bei der Schulbauförderung, beim Digitalpakt Schule, beim Qualitätsausbau unserer Kitas, bei spezifischen ostdeutschen Problemen/Belastung (...).
- Die Förderung strukturschwacher Regionen mit Bundes- und EU-Mitteln muss langfristig fortgeführt werden. Ostdeutschland

darf nicht die Quittung für den BREXIT präsentiert werden.

(...) Um die notwendige Modernisierung der Gesellschaft und Angleichung der Lebensverhältnisse zu finanzieren, braucht es auch eine andere, eine gerechte Steuerpolitik. Für eine gerechte Verteilung des von den Menschen erarbeiteten Reichtums brauchte es eine Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer. Wir werden diese Forderungen auf die politische Tagesordnung setzen.« ■

Das ganze Papier gibt es unter:
www.die-linke-thl.de